

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
(83. - öffentliche - Sitzung am 21. Oktober 2016)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Evaluationsbericht zum Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Mobilfunk im Elbrevier verbessern - Sicherheit für Mensch und Umwelt schaffen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5476](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Plenum des Landtags - unter Berücksichtigung des Votums des Unterausschusses „Häfen und Schifffahrt“ - einstimmig, den Antrag in der Fassung eines von allen Fraktionen getragenen Änderungsvorschlags (Vorlage 2) anzunehmen.

3. **Sicherung der Qualität im ÖPNV - Anpassungsbedarf im Zusammenhang mit dem Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6402](#)

Der Ausschuss begann mit der Antragsberatung und erörterte Verfahrensfragen. Die Fraktion der CDU regte an, eine Anhörung durchzuführen. Auf Vorschlag der Fraktion der SPD kam der Ausschuss überein, in der nächsten Sitzung eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen und auf der Grundlage der dadurch erlangten Erkenntnisse über das Erfordernis einer Anhörung zu entscheiden.

4. **Modellprojekt emissionslose Nordseeinsel**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5832](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT durch. Er verständigte sich darauf, dem federführenden Ausschuss anstelle der erbetenen Stellungnahme bezüglich der Bedeutung eines Modellprojekts „emissionslose Nordseeinsel“ für den Fremdenverkehr einen Auszug aus der Niederschrift, aus dem das Meinungsbild des Ausschusses zu ersehen ist, zu übermitteln.

5. **Gründerschmiede Niedersachsen - mehr Engagement für eine neue Gründerkultur**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3533](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Dazu lagen ihm Änderungsvorschläge der Fraktion der CDU (Vorlage 10) und der Koalitionsfraktionen (Vorlage 11) vor. Der Ausschuss verständigte sich darauf, am Rande des Oktober-Plenums die Aussichten für einen gemeinsamen Änderungsvorschlag auszuloten.